KOALITIONS VERTRAG

FÜR DEN KREIS GROSS-GERAU 2016-2021

SPD

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

DIE LINKE.

PIRATEN PARTEI

Koalitionsvertrag

Zwischen

Sozialdemokratischer Partei Deutschlands
Bündnis 90/Die Grünen
Die Linke.Offene Liste
Piratenpartei

für die Legislaturperiode 2016 bis 2021
im Kreistag des Landkreises Gross-Gerau

Inhalt

Präambel 4
Nachhaltige Finanzpolitik und Zukunftsfähigkeit des Kreises sichern 4
Bildungschancen stärken, Schulen fördern 5
Wohnungsbau im Kreis Groß-Gerau 7
Unser Kreis fördert Kultur und Sport 8
Chancen europäischer Förderung noch besser nutzen 9
Kreis Groß-Gerau – sozial und familienfreundlich 9
Willkommensstruktur für Flüchtlinge 11
Arbeit statt Arbeitslosigkeit 12
Älter werdende Gesellschaft 13
Gesund im Kreis 14
Riedwerke für allgemeine Daseinsvorsorge sichern und weiterentwickeln 14
Mobilität stärken, Umweltbelastungen senken 15
Echtes Nachtflugverbot schaffen. Flughafenausbau verhindern 17
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung weiter stärken 18
Natürlich GG: Umweltschutz und erneuerbare Energien fördern 18
Tierschutz und Tierrecht 20
Stärkung der Demokratie und des Demokratieverständnisses 20
Netzpolitik 21
Grundregeln unserer Zusammenarbeit 22

Präambel

SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Die Linke.OL und die Piratenpartei vereinbaren für die Zeit bis zur Kommunalwahl 2021eine Koalition im Kreistag des Kreises Groß-Gerau.

Wir wollen allen Menschen in unserem Kreis die besten Voraussetzungen für ein glückliches und selbstbestimmtes Leben bieten und gleichzeitig Natur und Umwelt schützen.

Wir wollen eine inklusive und offene Gesellschaft, die Vielfalt als Stärke begreift. Wir lehnen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab. Wir wollen einen Kreis Groß-Gerau, der alle Menschen mit einbezieht und gleichermaßen wertschätzt.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen ein Umfeld bieten, das bildungsgerecht ist und Chancengleichheit gewährleistet. Wir wollen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wir wollen Armut bekämpfen und Menschen befähigen, ihr Leben eigenständig gestalten zu können. Wir möchten ein eigenständiges Leben auch im Alter gewährleisten und setzen uns für eine wohnortnahe ärztliche Versorgung ein. Wir wollen Flüchtlingen in Not helfen und sie bei uns willkommen heißen. Wir wollen ein Diversity-Management in der Kreisverwaltung einführen, um das Potential der individuellen Verschiedenheit der Mitarbeiter*innen konstruktiv zu nutzen.

Wir stehen für eine Politik des Ausgleichs und der Verantwortung für alle: ob jung oder alt, Familien, Partnerschaften oder Singles, Beschäftigte oder unsere klein- und mittelständischen Unternehmen, ob Altbürger*innen oder Neuzugezogene, egal welcher Herkunft, Sprache, sexuelle Orientierung/Identität und Religion. Wir stehen für eine offene und konstruktive Zusammenarbeit über die Grenzen von Parteien und der Politik hinweg, denn eine positive Entwicklung des Kreises und seiner Menschen ist nur im bürgerschaftlichen Miteinander zu erreichen. Diese Bereitschaft zum Gespräch und zur Kooperation bieten wir ausdrücklich allen gesellschaftlichen Bereichen und den anderen demokratischen Fraktionen im Kreistag an.

Nachhaltige Finanzpolitik und Zukunftsfähigkeit des Kreises sichern

Wir brauchen einen leistungsfähigen und gut finanzierten Staat, der eine gute Infrastruktur ermöglicht. Die Kommunalfinanzen sind in den letzten Jahren unter erheblichen Druck geraten. Das Land Hessen ist laut Verfassung verpflichtet, Kreise und Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben eigenverantwortlich und nach eigenem Ermessen erledigen können. Allerdings überfordert schon die Erfüllung unserer Pflichtaufgaben, die uns Land und Bund auferlegt haben, unser Budget. Handlungs- und Gestaltungsspielräume bleiben nur in geringem Umfang. Die Steigerung der Kosten in der sozialen Sicherung, das Dogma der schwarzen Null, Schuldenbremse und Rettungsschirm, die Abhängigkeit der kommunalen Finanzausstattung und die zunehmenden Belastungen durch Entscheidungen der Landes- und Bundespolitik haben auch unseren Kreishaushalt in den vergangenen Jahren stark belastet. Außerdem schultern wir mit unserem ehrgeizigen Schulmodernisierungsprogramm eine der wichtigen und vorbildlichen Zukunftsinvestitionen, der sich andere Kreise erst mit Verspätung gestellt haben. Den in diesem Bereich getätigten Investitionen steht ein Vielfaches an Wertschöpfung für die Zukunft des Kreises und seiner jungen Generation gegenüber.

Die neue Koalition wird sich verstärkt den Bildungs- und Beschäftigungschancen, der sozialen Verantwortung, der gesundheitlichen Versorgung, der Integrationspolitik, dem Wohnungsbau und der Umwelt- und Energiepolitik widmen. Das Konnexitätsprinzip ist zu wahren. Wenn Bundes- und Landesregierung den Kommunen Aufgaben übertragen, sind auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel werden offensiv eingefordert und ggf. eingeklagt. Diese Finanzbeziehungen und die gegenseitigen Transaktionen zwischen Kreis und seinen Kommunen sind deutlich darzustellen. Der Dienstleistungsanteil des Kreises muss für seine Bürger*innen und Bürger besser verstehbar werden. Wir sprechen uns gegen eine weitere Erhöhung der Kreisumlage aus. Wir werden uns der Herausforderung stellen, unseren Haushalt weiter zu konsolidieren. Bei den anstehenden Haushaltsberatungen der kommenden Jahre werden wir immer wieder Aufgaben und Ausgaben auf den Prüfstand stellen und Vorschläge einbringen. Es darf aber nicht zu Personalabbau und Verdichtungen in der Arbeit bei den Beschäftigten der Kreisverwaltung und den kreiseigenen Unternehmen kommen. Leiharbeit lehnen wir ab, befristete Arbeitsverhältnisse sollen, bei einem dauerhaft zu erwartenden Arbeitsaufkommen, entfristet werden. Überlastungsanzeigen müssen ernst genommen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzaufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden wieder beim Kreis angesiedelt wird.

Die Rekommunalisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge wird angestrebt, es werden keine neuen PPP-Projekte vereinbart. Aufträge/Vergaben an Private werden nur dann genutzt, wenn kurz- und langfristig Leistungen günstiger und besser für die Mitarbeiter*innen wie die Bürger*innen erbracht werden können bzw. sonst gar nicht erbracht werden könnten.

Der Kreisausschuss achtet darauf, dass bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Die Einhaltung des Mindest- oder Tariflohns und der Arbeitnehmerschutzrechte müssen kontrolliert werden.

Bildungschancen stärken, Schulen fördern

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Bildung und der Erwerb einer hohen Qualifikation sind die Grundlagen für eine erfolgreiche politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Förderung der Bildungschancen und -angebote ist eine Zukunftsaufgabe für unser Land und einer der entscheidenden Hebel für mehr soziale Gerechtigkeit und gerechte Entwicklungsperspektiven. Umso kritikwürdiger sind das bildungspolitische Handeln oberhalb der kommunalen Ebene und die unzureichende Ausstattung unserer Schulen für die Umsetzung von echten Ganztagsschulen, dem Ausbau der Gesamtschulen, mehr Schulsozialarbeit und ausreichenden Förderangeboten (Inklusion) für alle Kinder. Obwohl das Land für die pädagogische Versorgung und Inhalte zuständig ist, übernehmen wir, im Interesse unserer jungen Generation, Verantwortung im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Wir wollen moderne Gebäude, die ganztägigen Unterricht, Gruppenarbeit und selbständiges Lernen ermöglichen. Schulen müssen zeitgemäß ausgestattet sein, sodass Schüler*innen bestens auf ihr Leben vorbereitet werden. Schule ist für uns ein Ort, der Möglichkeiten für alle eröffnet. Das umfangreiche Schulsanierungsprogramm soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

Bei der Planung sollen fortschrittliche Standards (Ganztagsangebote, Energieeffizienz, moderne IT-Ausstattung [digitale Tafeln, W-LAN], bewegungsfreundliche Schulhöfe, Barrierefreiheit) berücksichtigt werden. Die bewegungsfreundlichen Schulhöfe sollen der Bewegungsarmut entgegenwirken. Alle Maßnahmen werden weiterhin gemeinsam mit den Schulgemeinden in Angriff genommen.

Wir wollen in den kommenden Jahren die Schulreinigung wieder in kommunale Verantwortung zurückführen und die Kürzungen zurücknehmen. Für die Beschäftigten des Kreises im schulischen Bereich stehen wir für gerechte Entlohnung und sichere Arbeitsplätze. Befristungen bei Beschäftigten werden sukzessive abgebaut, die Mitarbeiter*innen im Ganztagsbereich erhalten feste Verträge.

Der Kreis Groß-Gerau wird gemeinsam mit den Städten und Gemeinden das Konzept "Netzwerk Schule" (Schulsozialarbeit) abschließend ausbauen und in Zukunft zu einem Regelangebot machen. Schulsozialarbeit muss auf alle Schulformen ausgeweitet werden.

Echte Ganztagsschulen (Profil 3) sind die Herausforderung der kommenden Jahre. Wir wollen den neuen Schulentwicklungsplan (SEP) umsetzen und überall dort, wo dies gewünscht wird, Ganztagsschulen einrichten. Wir streben dort eine Schulorganisation von 7 bis 17 Uhr aus einem Guss an: Die unterschiedlichen pädagogischen Fachkräfte arbeiten Hand in Hand mit dem Betreuungs- und Organisationspersonal. Wir erwarten in diesem Bereich endlich ein stärkeres Engagement des Landes Hessen, insbesondere auch bei dem unverzichtbaren Angebot eines gesunden und kostenfreien Mittagessens für alle Kinder. Wir wollen die Umstellung der Pausen- und Mittagsverpflegung auf gesunde, ökologisch und regional erzeugte Lebensmittel. Die Einrichtung einer Oberstufe im Südkreis wird gemeinsam mit Eltern, Schulen und Schülervertretungen geklärt.

Wir unterstützen die Schulgemeinden bei ihrem Wunsch nach Ausbau zu integrierten Gesamtschulen.

Inklusive Beschulung bedeutet, dass nicht das Kind in das System Schule passen muss, sondern sich Schulen flexibel an die Bedürfnisse der Kinder anpassen müssen. Nach dem Motto "Jedes Kind ist besonders" wollen wir gemeinsam mit den Schulen die Initiative zur Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf entwickeln (Beispiel: Südtirol, Schweiz, Norwegen). Inklusion muss zur Regel werden, Parallelsysteme sind teuer und langfristig erfolglos. Deshalb ist Inklusion für uns der einzig richtige Weg. Wir wollen inklusiven Unterricht in allen Schulformen und für alle Altersgruppen. Im Rahmen der „Modellregion Inklusion“ ist ein stärkeres Engagement des Landes einzufordern.

Unsere Schulen sollen nicht nur die kognitive Entwicklung der Kinder engagiert fördern. Nach unserem Verständnis sind Schulen soziale Lernorte, die für die Gesamtheit der Persönlichkeit der Kinder positive Impulse liefern sollen. Dazu gehört u.a. das Erlernen eines verantwortungsvollen Umgangs mit den modernen Medien, die im Alltag unserer Kinder zunehmend wichtig sind.

Wir wollen Aufklärungsangebote zur sexuellen Vielfalt in allen Schulen. Gerade in der Schule gehört Mobbing von LSBTTIQ*-Jugendlichen (Die Abkürzung LSBTTIQ* steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen) zum Alltag. Schulaufklärungsprojekte helfen, dass Vielfalt als Chance begriffen wird. Eine Stärkung der Um-

welterziehung in Schulen, die Themen wie Gesundheit, Ernährung, Energie- und Wasserverbrauch, Müllentsorgung, Natur- und Tierschutz umfasst, ist wünschenswert.

Wir streben an, dass alle Schüler*innen nach Abschluss der Schullaufbahn eine Anschlussperspektive erhalten. Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss. Berufsaus- und Weiterbildung müssen in jedem Alter möglich sein. Auch Erwachsenen soll es ermöglicht werden, einen Schulabschluss oder ein Studium nachzuholen.

Jungen Menschen ohne allgemeine Hochschulreife muss es in noch stärkerem Maße als bisher ermöglicht werden, eine qualifizierende Ausbildung oder ein Studium an einer Fachhochschule durchlaufen zu können. Dabei kommt auch den Berufsschulen im Kreis eine große Bedeutung zu. Lebensbegleitendes Lernen ermöglicht persönliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe, vermittelt Kompetenzen zum sozialen Zusammenleben, zur demokratischen Mitgestaltung und zur beruflichen Entwicklung.

Auf dem Weiterbildungsmarkt werden diese Bildungsbedürfnisse nur unzureichend und sozial unausgewogen erfüllt. Deshalb bedarf es eines starken kommunalen Weiterbildungszentrums, wie es die Kreisvolkshochschule Groß-Gerau darstellt. Dazu gehören unter anderem auch Angebote des berufsbegleitenden Lernens, Sprachförderung und Alltagskompetenz für junge Migrant*innen, Bildungsangebote für Senior*innen (Gestaltung des Übergangs Beruf/Rente), Förderung bürgerschaftlichen Engagements (Lern- bzw. Familienpat*innen) und die politische Bildung für ein demokratisches Gemeinwesen. Letztere muss personell wieder eigenständig mit einer vollen Stelle verankert und ausgebaut werden. Gerade die Auseinandersetzung mit rechten und rassistischen Denkstrukturen findet hier ihren Platz. Dem setzen wir ein offenes Klima der gegenseitigen Wertschätzung und Achtung gegenüber.

Wir setzen uns ein für eine lebensbegleitende Weiterbildung und einen niederschwelligen Zugang zu Bildungsmaßnahmen für alle Menschen im Kreis, unabhängig vom Einkommen.

Diese Aufgabenfelder eines kostengünstigen Grundbildungsangebots, der trägerneutralen Weiterbildungsberatung und der moderierenden Entwicklung der Weiterbildungslandschaft im Kreis Groß-Gerau erfordern eine stabile öffentliche Finanzierung. Der jetzige Programmumfang der Kreisvolkshochschule muss deshalb unbedingt erhalten bleiben und nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Wohnungsbau im Kreis Groß-Gerau

Die Bevölkerung unseres Kreises ist in den vergangenen Jahren immer weiter gewachsen. Dies gilt für die gesamte Rhein-Main-Region und erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt massiv. Schon heute können viele Menschen ihre Mieten und Nebenkosten nur noch schwer bezahlen. Die Unterstützungsleistungen (Wohngeld, Aufstocker*innen) nehmen weiter zu. Es gibt in unserem Kreis einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum, dem wir durch die Förderung des mietpreisgebundenen Wohnungsbaues abhelfen wollen. Unser besonderes Augenmerk gilt Wohnraum, der auch für größere Familien oder alte Menschen bezahlbar ist.

Wir benötigen in den kommenden Jahren im Kreis Groß-Gerau jährlich zwischen 700 und 1.000 neue Wohnungen. Die Koalition stellt sich dieser Aufgabe gemeinsam mit den Städten und Ge-

meinden. Wir werden ein Wohnungsbaukataster erstellen, um zu sehen, an welchen Orten die planerischen Voraussetzungen bestehen, um neuen Wohnraum zu schaffen. Schwerpunktmäßig mit kommunalen Gesellschaften und Baugenossenschaften soll dann dieser Wohnraum geschaffen werden. Wir begrüßen die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe. Wohnungstausch (gerade für ältere und alleinstehende Menschen) und Untervermietung wollen wir fördern, besonders bei der Aufnahme junger Familien. Generationenübergreifendes Wohnen stärkt das soziale Gemeinwesen und soll zur besseren Nutzung von vorhandenem Wohnraum dienen. Wir initiieren einen breiten Diskussionsprozess, an dem alle beteiligt sein sollen, deren Interessen berührt sind. Wir holen uns Erfahrungen aus anderen Städten und Ländern sowie wissenschaftlichen Sachverstand in den Kreis, um Wege zu finden, wie diese Herausforderung bewältigt werden kann. Dabei wird auch die Bildung einer Wohnungsbaugesellschaft des Kreises mit interessierten Kommunen diskutiert.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau überdacht werden, damit auch Familien aus dem Bereich der unteren Einkommensmitte Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung haben.

Für uns hat die Nachverdichtung städtischer Flächen und Konversionsflächen Vorrang vor der Ausweisung neuer Bauflächen. Sie muss bei innerstädtischen Flächen maßvoll umgesetzt werden und darf nicht dazu führen, dass Grundstücke vollständig versiegelt und zu Betonflächen ohne Grün werden. Wir achten auf Grenzen der Belastbarkeit, gerade in sozial schwierigen Wohnquartieren.

Wir wollen den Zusammenschluss unserer Kommunen für die Ziele eines „interkommunalen Flächenmanagements“ fördern. Wir fordern ein jährliches Berichtswesen des Planungsverbands Region Frankfurt/Rhein-Main, um die Flächenentwicklung zu beobachten und steuern zu können.

Unser Kreis fördert Kultur und Sport

Kommunale Kultur trägt entscheidend zum Gesicht unseres Kreises bei. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zur Netzwerkstruktur unserer Arbeit. Eingebunden in regionale Strukturen (Kulturregion, Route der Industriekultur, Kultursommer Südhessen) und eng verzahnt mit unseren Gemeinden (Kulturgemeinde, Volk im Schloss, Offene Ateliers, Spargeltage Gerauer Land, Kulturinitiativen, etc.) wollen wir die vielfältige Kultur im Kreis und der Region in kooperativer Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden weiterentwickeln. Gemeinsam mit der Kreisvolkshochschule wollen wir das Ehrenamt weiter fördern (Ehrenamtscard) und damit auch zur Stabilisierung der Vereinsarbeit beitragen. Das Schloss Dornberg bleibt in die Regionalparkroute eingebunden. Durch "Volk im Schloss" (Dornberg) konnte eine weitere Belebung sichergestellt werden. Mit einem Schwerpunkt "Kinder und Jugend" wollen wir die junge Generation noch besser in das Kulturprogramm einbeziehen und damit auch einen Beitrag leisten, die Generationen in unserem Kreis noch enger zusammenzuführen.

Wir unterstützen die Organisation und Zusammenarbeit schulischer und außerschulischer Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel die Kooperation von Musikschulen und Schulen. Insbesondere Kindern und Jugendlichen wollen wir so die Freude an Kunst und Kultur vermitteln, denn je früher dies gelingt, desto leichter lassen sich Kunst und Kultur den Menschen näher bringen.

Kultur braucht preisgünstige Räume, um sich entfalten zu können – sei es für bildende Künstler*innen auf der Suche nach Ateliers oder für Jugendgruppen, die Übungsräume für Musik benötigen. Wir wollen zusammen mit den Kommunen Räume oder Liegenschaften, die leer stehen, für eine Zwischennutzung bereitstellen. So können diese Leerstände durch bildende Künstler*innen, Musiker*innen, Kulturvereine und viele mehr genutzt und kulturschaffende Maßnahmen gefördert werden.

Den aktuellen Sportentwicklungsplan wollen wir gemeinsam mit den Gemeinden, Vereinen und Verbänden umsetzen und fortschreiben, um damit die Arbeit der Sportvereine und der ehrenamtlich aktiven Menschen auszubauen und zu stärken. Wir tun dies ausdrücklich auch vor dem Hintergrund der großen gesellschaftlichen Aufgabe, der Bewegungsarmut entgegenzuwirken.

Chancen europäischer Förderung noch besser nutzen

In vielfältiger Weise fördert die Europäische Union die Entwicklung in den Regionen und beeinflusst durch Richtlinien und Fördermittel auch zunehmend kommunale Handlungsmöglichkeiten. Ob das Einbringen kommunaler Belange in Gesetzgebungsprozesse oder die zur Verfügung stehenden Fördermittel aus dem Bereich des Europäischen Sozialfonds, der Wirtschafts- und Regionalförderung oder der Umweltprogramme: Wer die Chancen der europäischen Zusammenarbeit und vor allem auch die Förderangebote noch besser nutzen will, muss auch in Brüssel vertreten sein. Wir sind dies indirekt durch den Regionalverband. Durch eine erfolgreiche Arbeit versprechen wir uns Synergieeffekte für unseren Kreis.

Kreis Groß-Gerau – sozial und familienfreundlich

Armut ist auch in einem reichen Land wie Deutschland ein Thema, vor dem wir nicht die Augen verschließen dürfen. Besonders Kinder, Alleinerziehende und alte Menschen sind von Armut bedroht. Es gilt, alle am sozialen Leben teilhaben zu lassen und jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Bildung, gesunde Ernährung, bezahlbarer Wohnraum und gute Gesundheitsversorgung müssen für alle zugänglich sein. Armutsprävention ist dabei für uns genauso wichtig wie das Zurückdrängen von Armut.

Die Koalition bekennt sich

- zum Aufbau und zum Erhalt von verlässlichen, humanen, sozialen Strukturen und kulturellen Netzwerken,
- zur Sicherung und Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,
- zum Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe" und Selbstbestimmung,
- dazu, den Abbau sozialer Leistungen – auch in Bezug auf deren Qualität – zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund wollen wir

- die generationenübergreifende Infrastruktur (Mehrgenerationenprojekte/-vereine, Soziale Netzwerke, Soziale Stadt) und unser bestehendes Netz der sozialen Hilfen und Beratung systematisch fördern und weiterentwickeln.

- mit der Initiative "Frühe Hilfen – Keiner fällt durchs Netz" Beratungs- und Hilfsangebote ausbauen, mit denen Kindern, die in belasteten Verhältnissen leben, mehr Entwicklungschancen gegeben werden. Mittelfristig soll das Angebot für alle Eltern nach der Geburt eines Kindes gelten, so dass diese ein Beratungs- und Unterstützungsangebot erhalten und über die Hilfen im Kreis Groß-Gerau informiert sind.
- eine Jugendförderung, die sich den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen im Jugendbereich stellt und wirksame Konzepte entwickelt. Wir setzen uns dafür ein, Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden und Strategien zu entwickeln, die zu einer Integration in Gesellschaft und Familien führen. Dazu gehört eine Reformierung der Jugendhilfe, eine gute Personalausstattung und die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern sowie flächendeckende und kreisübergreifende Freizeit- und Betreuungsangebote wie im Feriendorf Ober-Seemen. Bei den Freizeitangeboten des Kreises stellen wir inklusive Angebote sicher.
- für LSBTTIQ*-Jugendliche Beratungsangebote machen, um Jugendliche in ihrer „Coming Out– Phase“ zu unterstützen.
- den Erhalt der selbstbestimmten Lebensführung in der Wohngemeinde nach dem Grundsatz „ambulante vor stationärer Versorgung“ als Antwort auf den demographischen Wandel weiter ausbauen und sicherstellen. Hierbei ist besonders auf die Unterstützung von pflegenden Angehörigen und den Bedarf von älteren Menschen, gleich welcher Herkunft, zu achten.
- Menschen mit Unterstützungsbedarf auch im Erwachsenenalter Hilfe gewähren und Arbeitsmöglichkeiten in betreuten Einrichtungen schaffen (z.B. Werkstatt für Behinderte (WfB)).
- dafür Sorge tragen, dass für junge Menschen mit Behinderungen nach der Schulzeit integrative Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, sofern auf dem Arbeitsmarkt keine entsprechenden Angebote vorhanden sind.

  Für schwerbehinderte Menschen müssen nach Beendigung der Schule Plätze in Tagesförderstätten vorhanden sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ein strukturiertes Leben außerhalb der Familie oder Einrichtung zu führen. Es ist unser Ziel, dass diese Plätze wohnortnah ausgebaut werden.
- Unterbringungen von Menschen mit Behinderungen, die noch nicht im Rentenalter sind, in Akten- und Pflegeheimen werden von uns nicht befürwortet. Diese Menschen haben ein Recht darauf, nach ihren Bedürfnissen gefördert zu werden. Wir setzen uns für die Schaffung geeigneter Wohn- und Betreuungsangebote ein.
- die Betreuung von Demenzkranken, aber auch die Begleitung von Sterbenden (Hospizarbeit) im Rahmen von weiter verbesserten Unterstützungskonzepten sicherstellen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss auch in Bezug auf die häusliche Pflege ermöglicht werden.
- die Vereinbarung von Familie und Beruf als zentrale Kreis- und Gemeindeaufgabe durch den Ausbau von Betreuungsangeboten für die 0-6-Jährigen und der Ganztagsschule sicherstellen. Dabei wollen wir flankierende Unterstützungsarrangements in bürgerschaftlichen Netzwerken (dazu zählen auch Vereine) mit einbeziehen. Wir brauchen umfassende Kinderbetreuung von der Kinderkrippe bis zum Schulalter. Sie soll zum einen die Familienplanung ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile sicherstellen und Kinder umfassend fördern. Der weitere Ausbau an hochwertig betreuten Ganztagsplätzen für Kinder im Kindergarten- und insbesondere im Grundschulalter muss vorangetrieben werden. Ein bedarfsgerechtes und qualitätsorientiertes Angebot für Kinder aller Altersstufen sowie die Betreuung von 7 bis 17 Uhr müssen garantiert wer-

den, die Beitragsfreiheit und bessere Finanzierung wird durch die Erhöhung der Landeszuschüsse angestrebt. Unser Ziel ist, dass alle Kinder unabhängig von der finanziellen Situation des Elternhauses an hochwertigen und personell gut ausgestatteten Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten teilhaben. Dazu gehört auch, Netzwerke mit Tagesmüttern aufzubauen, um die Randzeiten mit abzudecken. Frauen benötigen gerade nach der Familienphase, aber auch nach anderen Auszeiten eine verstärkte Unterstützung, um wieder im Beruf Fuß zu fassen. Spezialisierte Angebote sollen vom Kreis gefördert werden.

- Jugendlichen einen erfolgreichen Berufseinstieg und Zukunftsperspektiven sichern. Der Kreis ist in der Berufswegeplanung sehr gut aufgestellt. Deshalb wollen wir unser Hauptaugenmerk verstärkt auf die Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung junger Menschen legen, um der Jugendarbeitslosigkeit, gerade bei Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen und damit einer Perspektivlosigkeit entgegen zu wirken.
- den Erhalt und den Ausbau der Verbraucherberatung im Kreis Groß-Gerau. Beratung, Information und Bildung durch die Verbraucherzentrale in den Bereichen Finanzen, Energie und Vertragswesen sind unerlässlich und wird weiterhin unterstützt und gefördert. Die Schuldnerberatung ist eine starke Säule in der Unterstützung von Menschen in finanziell schwierigen Situationen. Das niedrigschwellige Angebot der Schuldnerberatung ermöglicht den Erhalt materieller Unabhängigkeit. Ziel ist es, betroffenen Familien und Einzelpersonen die Teilhabe an der Gesellschaft wieder zu ermöglichen. Außerdem wird sichergestellt, dass ein Netz aus geeigneten Hilfsangeboten den Folgen der langwierigen Armut, wie psychosozialen und anderen gesundheitlichen Problemen und Bildungsdefiziten, entgegen steuert.
- uns auf der Grundlage des vom Kreistag beschlossenen Integrationsleitbildes und -konzepts für die Schaffung der strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen zur gemeinsamen Umsetzung mit den Kommunen einsetzen. Das Amt für Ausländerwesen wird zu einer tatsächlichen Willkommensbehörde. Mehr Information für Betroffene und die Auslegung der Vorschriften in ihrem Interesse sind ein Schritt dorthin.

Willkommensstruktur für Flüchtlinge

Der Kreis stellt sich der Aufgabe, Flüchtlinge dabei zu unterstützen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Die Versorgung mit allen sozialen Leistungen, wie Kindertagesstättenplätze, die Integration in den Schulen, der Erwerb von Deutschkenntnissen, die Unterbringung in Wohnungen, die Integration in den Arbeitsmarkt, die Verankerung in Vereinen und im Sport, die gesundheitliche Versorgung sowie die Begegnung und das Kennenlernen von verschiedenen Kulturen und Religionen sind Bestandteil dieser Aufgabe. Dafür arbeitet der Kreis mit den Kommunen, den professionellen und ehrenamtlichen Mitgestalter*innen eng zusammen. Der Kreis festigt seine Willkommenskultur und steht der Aufnahme weiterer Flüchtlinge positiv gegenüber.

Die Koalition begrüßt Initiativen wie "Züge der Hoffnung", die vorschlägt, Flüchtlinge mit der Bahn aus Griechenland nach Deutschland zu holen. Um den Schleppern das Handwerk zu legen treten wir dafür ein, Flüchtlinge direkt aus den Krisenregionen zu holen.

Wir halten fest:

- Der Kreis erklärt seine Bereitschaft, eine Gesundheitskarte für Geflüchtete einzuführen, sobald das Land die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür geschaffen hat. Bis dahin

wird mit einer großzügigen Praxis sichergestellt, dass Geflüchtete nicht entweder tagelang postalisch auf einen Krankenschein warten oder alternativ im kranken Zustand nach Groß-Gerau fahren müssen.

- Die Rahmenbedingungen für die sozialpädagogische Betreuung von Flüchtlingen müssen verbessert werden. Die Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen wird mit den Träger*innen bezüglich Tagesgestaltung, Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen, berufliche Integration sowie Integration in das Vereins- und gesellschaftliche Leben vereinbart.
- Eine kreisweite Vernetzung der Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in der Flüchtlingsarbeit muss geleistet werden. Gerade die Ehrenamtlichen benötigen eine qualifizierte Unterstützung. Hier soll eine Zusammenarbeit der Kommunen und eine Förderung über Stiftungen geprüft werden.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Jobcenter eine Unterstützungseinrichtung für Menschen ohne Arbeit und mit geringen Erwerbseinkommen ist und die Kund*innenfreundlichkeit weiter ausgebaut wird. Wir verstehen das Jobcenter als Dienstleister für die Menschen in der Region, daher begrüßen wir die Dezentralität und den fünften Standort in der Mainspitze.

Auch im Kreis Groß-Gerau ist ein Zuzug von Menschen mit geringen Qualifikationen zu verzeichnen. Deshalb muss das Jobcenter geeignete Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten. Der Fokus soll hier auf Ausbildung und sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder Beschäftigung liegen. Wir werden die aktuelle Sanktionspraxis überprüfen und Alternativen entwickeln.

Beschäftigungsmaßnahmen mit regulären Arbeitsverträgen und existenzsichernden Löhnen sollen ausgebaut werden; hier sollte auf eine Sanktionsbewehrung verzichtet werden. Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) führen in die falsche Richtung, stattdessen werden Verhandlungen in Richtung eines Passiv-Aktiv-Transfers geführt.

Arbeitslosengeld-II-Empfänger*innen erhalten zukünftig weitergehende Informationen über die Abläufe und damit Sicherheit über das Verfahren. Eine wertschätzende Behandlung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wir unterstützen die Leitung und die Mitarbeiter*innen des Jobcenters bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung. Die Sachbearbeiter*innen werden durch die Leitung unterstützt, Entscheidungsspielräume zugunsten der Betroffenen auszulegen.

Wir wollen den Jobcenter-Beirat erweitern. Hier sollen u.a. Betroffenenverbände, Arbeitgeber*innen- und Arbeitnehmer*innenvertreter*innen und erfahrene Personen vertreten sein. Seine Aufgaben sind: Beratung des Jobcenters zur Gestaltung eines für alle Beteiligten guten Ablaufs, Ombudsfunktion für Betroffene, Beurteilung von Beschäftigungsmaßnahmen, etc.

Das Jobcenter soll in der kommenden Legislatur

- kundenfreundlich sein
- individuelle Beratung anbieten
- die Öffnungszeiten ausweiten
- sich interkommunal vernetzen

- gezielte Qualifizierungsangebote machen
- Arbeitgeber*innen in der Region bei der Übernahme von Arbeitslosen unterstützen
- mit Organisationen zusammenarbeiten, die in der Region vernetzt sind.

Der Kreis führt eine Teilhabekarte für Menschen ein, die Ansprüche auf Leistungen nach SGB-II oder XII, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder Kinderzuschlag haben und nutzt dabei die Möglichkeiten, die das Land bietet. Eine Übersicht über lokale Vergünstigungen wird erstellt; um weitere Vergünstigungen für Menschen mit geringen Einkommen wird bei Kommunen, Veranstalter*innen, Freizeit- und Sporteinrichtungen wird geworben.

Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen gezielte Unterstützung, um einen Arbeitsplatz zu finden. Über das Jobcenter hinaus bleibt dies eine wichtige Aufgabe des Kreises, Arbeitgeber*innen für die Einstellung und Weiterbeschäftigung zu gewinnen. Die Einrichtung von Integrationsbetrieben wird verstärkt angegangen.

Wir betonen: Die AVM gGmbH als gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der beruflichen Bildung gehört zu den erfolgreichen arbeitspoltischen Einrichtungen im Kreis. Schwerpunkt sind die Ausbildung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen, Qualifizierungsangebote für Arbeitslose oder Ausbildung junger Migrant*innen. Die AVM gGmbH betreibt mit sehr guten Ergebnissen u.a. ein Ausbildungsrestaurant in Bischofsheim.

Älter werdende Gesellschaft

Die Anzahl der Menschen in der Altersgruppe 65 plus wird von heute 50.000 auf ca. 63.000 Personen im Jahr 2030 steigen. Dies erfordert staatliche und kommunale Reaktionen.

Unsere Forderungen:

- Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen barrierefrei sein.
- Die Anzahl und Angebote der Beratungs- und Koordinierungsstellen sollen erweitert werden.
- Das Netz der sozialen Dienste soll mittelfristig einen Schwerpunkt auf die Beratung psychisch Kranker legen.
- Beratungsangebote für Demenz- und Alzheimer-Kranke sind finanziell zu fördern.
- Die Situation der Pflegeeinrichtungen und der Mangel an Pflegekräften muss besondere Aufmerksamkeit erfahren.
- Die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern für Jung und Alt sollen voran gebracht werden.
- Die speziellen Kurse der Volkshochschule für Senior*innen, vor allem im Bereich der gesundheitlichen Prävention, sollen ausgeweitet und stärker beworben werden.
- Lebenslanges Lernen wird von immer größerer Bedeutung und ist weiter auszubauen.

Die Koalition sieht die Altersarmut mit großer Besorgnis. Sie engagiert sich, diese auf allen Ebenen zu bekämpfen.

Gesund im Kreis

Mit dem Kreiskrankenhaus in Groß-Gerau und dem GPR in Rüsselsheim hat der Kreis Groß-Gerau – zusammen mit im Hessenvergleich sehr guten Rettungsdiensten und einem vielfältigen und kooperativen Angebot an niedergelassenen Ärzt*innen – (noch) ein ausgesprochen gut entwickeltes Netz der allgemeinen Gesundheitsversorgung, das wir auch bei schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen bewahren und sichern wollen. Wir setzen uns deshalb weiterhin für den Erhalt beider Krankenhausstandorte im Kreis ein. Es ist unser Ziel, Wege zu suchen, im Interesse der Patient*innen und Beschäftigten durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit weiteren kommunalen Partner*innen Synergieeffekte zu nutzen. Dies ist bei einer Neustrukturierung der Kreis-Krankenhauslandschaft im Sinne der Bürger*innen zu beachten. Eine Übernahme des Kreiskrankenhauses durch einen privaten Krankenhausbetreiber schließen wir definitiv aus.

Gleichzeitig muss aber anerkannt werden, dass der Krankenhausstandort Groß-Gerau nur mit einem veränderten medizinischen Konzept (z.B. Zentrum für Altersmedizin) gesichert werden kann. Hierzu muss neben den kommunalen Partner*innen auch das Land Hessen seinen Beitrag leisten. Die Koalition bekennt sich vor diesem Hintergrund zu einer Investition des Kreises in zweistelliger Millionenhöhe, um den Ausbau des neuen Zentrums zu finanzieren. Ziel bleibt, dass der Träger in absehbarer Zeit keine Jahresfehlbeträge mehr aus Kreishaushaltsmitteln ausgleichen muss.

Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenhäuser alle bedarfsgerechten Krankenhausleistungen ohne Kostenabschläge anbieten dürfen. Es ist deshalb in Zukunft umso mehr darauf zu achten, dass die Fachabteilungen eines Krankenhauses zertifiziert werden und einen nachweisbar hohen Qualitätsstandard aufweisen. Dies ist bei einer Neustrukturierung der Kreis- Krankenhauslandschaft im Interesse der Bürger*innen zu beachten.

Wir wollen eine gute und wohnortnahe Versorgung mit Hebammen im Kreis sicherstellen. Mit der kassenärztlichen Vereinigung wird die Verhandlung über die Ansiedlung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes am Kreisklinikum bei Erhalt des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Riedstadt wieder aufgenommen.

Die medizinische Versorgung hängt aber nicht nur von den Krankenhäusern im Kreis ab, sondern auch von der Anzahl der niedergelassenen Ärzt*innen. In einer alternden Gesellschaft müssen die Wege zur Hausärzt*in oder zur Fachärzt*in kurz bleiben. Sofern die Ärzt*innenschaft im Rahmen ihrer Selbstverwaltung ein solches Netz der ambulanten Versorgung nicht aufrecht zu halten vermag, ist es öffentliche Aufgabe, attraktive Arbeitsbedingungen vor Ort für zur Niederlassung auch als Angestellte bereite Ärzt*innen zu schaffen. Im gesamten Kreisgebiet sprechen wir uns daher für weitere medizinische Versorgungszentren (MVZ) aus, die Ärzt*innenpraxen mit Hilfe angestellter Ärzt*innen betreiben. Mit der vom Kreistag beschlossenen Bildung einer Gesundheitskonferenz auf Kreisebene wird die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung vorangetrieben.

Riedwerke für allgemeine Daseinsvorsorge sichern und weiterentwickeln

Die Riedwerke und ihre Töchter werden wir als einen zukunftsfähigen kommunalen Betrieb der allgemeinen Daseinsvorsorge erhalten, weiterentwickeln und dabei Zukunftsfelder, insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz (Etech), aber auch in der Aus-

bildungsförderung (AVM) verstärken. Wir sprechen uns für den langfristigen Erhalt und die Kooperation mit dem Jobcenter sowie für das Kooperationsprojekt Schulmensa /Ausbildungsrestaurant aus.

Der Abfallbereich wird neben den Aspekten der Ressourcenschonung mehr und mehr von ökonomischen Gesichtspunkten beeinflusst. Unser Ziel ist es, die Chancen der Abfallverwertung und die damit verbundene technologische Innovation im Bereich des Abfallwirtschaftszentrums Büttelborn und dem Sonnenwerk Bischofsheim zu nutzen, um dort zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neue zu schaffen, soweit sich die dadurch entstehende weitergehende Umweltbelastung in einem erträglichen Rahmen bewegt.

Die Erlöse aus verschiedenen Geschäften im Abfallbereich (z.B. Elektroschrottsammlung) sollen dabei zukünftig noch stärker in den Riedwerken verbleiben, um ihre Refinanzierung (ÖPNV) zu verbessern und die Gebühren für den Bürger*innen stabil zu halten.

Mobilität stärken, Umweltbelastungen senken

Umweltschutz ist in unserem verkehrsreichen und keineswegs ländlichen Kreis Groß-Gerau eine Zukunftsinvestition in Lebensqualität, gesundheitliche Vorsorge und Erhalt des Ökosystems. Wichtige Faktoren sind: Luftreinhaltung, Lärmschutz, Gewässerschutz, biologische Vielfalt und der Erhalt unserer Wälder. Dies ist bei allen Entscheidungen die oberste Prämisse.

Wir setzen uns für einen Mobilitätsbegriff jenseits des Autos ein. Dies gilt nicht nur für junge Menschen, sondern in Zeiten des demografischen Wandels betrifft dies auch immer mehr ältere Menschen. Ein gut ausgebautes System des öffentlichen Personennahverkehrs auch und gerade in den Rand- und Nachtzeiten erhöht die Akzeptanz und Attraktivität. Verkehrspolitik ist mehr als Straßenbau. Wir wollen das Mobilitätsbedürfnis der Menschen im Einklang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen gestalten. Mobilität ist für uns die intelligente Verbindung der verschiedenen Verkehrsmittel: Zu Fuß gehen, Rad fahren, Busse, Bahnen, Carsharing und das Auto - das alles gehört zusammen. Mobilität bedeutet für uns deshalb auch den Ausbau von geeigneten Fahrradwegen im ganzen Kreis und eine Stärkung des ÖPNV.

Der Fahrradverkehr im Kreis Groß-Gerau ist uns ein wichtiges Anliegen, das wir auch weiterhin unterstützen und fördern. Der Radverkehr ist, wie das zu Fuß gehen, eine gesunde Fortbewegungsart, die auch die Umwelt wenig belastet. Er trägt dazu bei, den C02-Ausstoß im Verkehrsbereich zu senken, die Feinstaubproblematik zu entschärfen, die Lärmbelastung und die Zahl der Unfallopfer zu reduzieren und vor allem den ständig steigenden Flächenverbrauch für Straßen und Parkplätze zu verringern. Um die Fahrradnutzung auch zu Bahnhöfen attraktiver zu machen, muss dafür gesorgt werden, dass Fahrräder diebstahlsicher und überdacht abgestellt werden können. Dies wollen wir an allen Bahnhöfen im Kreis umsetzen. Wir setzen uns für den Ausbau sicherer Fahrradschnellstraßen im Kreis ein. Dieser Ausbau macht nicht nur die Straßen sicherer für alle Verkehrsteilnehmer*innen, er macht auch die Nutzung des Fahrrades attraktiver. Durch die Nutzung von Fahrradschnellstraßen müssen für Radfahrer*innen keine Umwege mehr in Kauf genommen werden, um sicher ans Ziel zu kommen. Fahrradschnellstraßen brauchen eine Breite von mindestens 2,50 m. Wir wollen ebenfalls prüfen, ob ein Fahrradverleih-Konzept im ganzen Kreis möglich ist. Da nicht alles mit dem Fahrrad erledigt werden kann, wollen wir Carsharing-Konzepte fördern und unterstützen. Das bestehende Radwegenetz wird in Zusammenar-

beit mit dem ADFC und anderen Verbänden weiter ausgestaltet und soweit wie möglich einheitlich beschildert. Diebstahlsichere und überdachte Fahrradabstellplätze, etwa an Bahnhöfen, werden gefördert, sichere Fahrradschnellstraßen sollen eingeplant werden, Carsharing und Fahrradverleih-Organisationen werden unterstützt.

Dabei wollen wir auch die Verzahnung der Radwegenetze des Regionalparks und des Geoparks unterstützen und Wert auf die Förderung des Alltagsverkehrs legen (u.a. Einstieg in "Bike & Business" unter Einbeziehung des Radverkehrs in die Schülerbeförderung). Für die Unterhaltung der Radwege wollen wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein Beschäftigungsprojekt (AVM) entwickeln. Durch den Kreisradwegeplan und die kontinuierliche Arbeit der Radverkehrsbeauftragten sind die Grundlagen dafür bereits geschaffen; jetzt gilt es, diese Planungen kontinuierlich umzusetzen. Veranstaltungen wie „der Kreis rollt“ sollen dazu beitragen, die Attraktivität weiter zu fördern.

Wir setzen uns in den entsprechenden Gremien (u. a. Rhein-Main Verkehrsverbund [RMV]) dafür ein, dass alle Bahnsteige im Kreis Groß-Gerau barrierefrei werden, kreisweit Wartehäuschen und Infotafeln an den Bahnhöfen eingerichtet und vom Verkehrsverbund neuere Wagen eingesetzt werden.

Wir setzen uns für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Angebots des Rhein-Main Verkehrsverbundes (RMV) ein. Dazu gehören neue Angebote (unter anderem der Ausbau der Querverbindungen aus dem Kreis in die Universitätsstadt Darmstadt) ebenso wie mehr Zuverlässigkeit, ein optimierter Service, verbesserte Kundenfreundlichkeit und eine bessere Anschlussfähigkeit von Bus und Bahn ("vernetzte Betriebsführung"). Wir setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von Schnellbussen im Kreis optimiert und ausgebaut wird. Ein besonderes Augenmerk soll hierbei auf der Anbindung an das S-Bahn-Netz liegen. Dies dient der Attraktivitätssteigerung, aber es verbessert auch die Mobilität und damit Selbstbestimmtheit aller Menschen. Eine auf den Straßenbau verengte Verkehrspolitik führt in den Stau und schafft so Immobilität statt Mobilität.

Wir wollen mehr Personen- und Güterverkehr von der Straße auf den Wasserweg oder die Schiene verlagern. Deshalb unterstützen wir auch nachdrücklich den Ausbau des Gernsheimer Hafens. Die Verlagerung auf die Schiene darf nicht zu weiterer Lärmbelastung für die Anliegerkommunen führen. Für den steigenden Güterverkehr fordern wir eine Verlegung des Güterverkehrs in der Nacht von der Bestandsstrecke auf die Neubaustrecke bei optimalem Lärmschutz für die Bestandsstrecke, das heißt Untertunnellung und Einhausung. Bereits heute sollten Lärmschutzwände und Flüsterbremsen zum Standard gehören, um die Anwohner*innen vor der großen Lärmbelastung zu schützen. Ein Umrüsten der Güterzüge mit Flüsterbremsen und geänderten Achsen muss schnellstens erfolgen. Bereits jetzt wollen wir die Einrichtung einer überregionalen Interessengemeinschaft aller Anliegerkommunen um Einfluss auf die Planung nehmen zu können.

Die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden sowie des öffentlichen Nahverkehrs ist unsere Verpflichtung. Dafür wird ein Maßnahmenplan entwickelt. Inklusion beginnt bei der Teilhabe am öffentlichen Leben. Eine Reduzierung der finanziellen Mittel im ÖPNV schließen wir aus. Gleichzeitig soll der Kreisanteil aber auch nicht weiter ansteigen, ohne dass es zu weiteren Verbesserungen kommt. Wir setzen uns für den durch Steuern und Umlagen finanzierten ÖPNV ein („fahrscheinlos“) und wollen den Kreis Groß-Gerau zu einer Modellregion entwickeln. Dafür

wird ein Konzept erarbeitet, die Zusammenarbeit mit Kreisen und Städten und zivilgesellschaftlichen Institutionen gesucht und die Öffentlichkeit in den Diskussionsprozess einbezogen. Einstiegsmaßnahmen in einen "Nulltarif" sollen Sozialtickets, der Ausbau der Clever-Card und von Jobtickets sein. Wir nutzen unsere Möglichkeiten, um auf die Landesregierung Einfluss zu nehmen, so dass sie mit einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes die Umlagefinanzierung ermöglicht.

Echtes Nachtflugverbot schaffen. Flughafenausbau verhindern

Der Kreis Groß-Gerau ist vom aktuellen Flughafenausbau direkt betroffen. Angesichts der Lage des Frankfurter Flughafens mitten in einem Ballungsgebiet halten wir schon diesen Ausbau für die hier lebenden Menschen für nicht zumutbar, müssen die geschaffenen Tatsachen jedoch akzeptieren. Gegen weitere Ausbaupläne werden wir uns mit allen rechtlichen und politischen Möglichkeiten zur Wehr setzen. Dabei setzen wir auch auf die interkommunale Zusammenarbeit (ZRM, KAG). Wir sprechen uns für eine Reduzierung der Flugbewegungen aus. Dazu gehört aus unserer Sicht auch die bessere Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel, wie die Umlenkung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn und die Schaffung eines echten Nachtflugverbotes von 22 bis 6 Uhr. Damit wollen wir der bestehenden Belastung durch Fluglärm, Luftverschmutzung, Ultrafeinstaubbelastung und weiteren Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet entgegenwirken.

Zur Verbesserung dieser Situation und zur Entwicklung eines langfristigen Konzepts gegen die stetige Forderung nach Ausbau und Konzentration wollen wir folgende Punkte kurz-, mittel- und langfristig weiterverfolgen und umsetzen:

- Wir wollen auf die Landesregierung einwirken, um ein echtes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr einzuführen.
- Wir wollen die Einrichtung einer dynamischen Absenkung der Lärmobergrenze, die das technische Potential zur Lärmminderung aktiviert, um die Lärmmenge mittel- und langfristig deutlich zu reduzieren.
- Wir wollen weiterhin alle Chancen nutzen, die absolute Anzahl der Flugbewegungen zu begrenzen und alternative Verkehrsträger zu fördern. Vorrangiges Ziel hierbei muss es sein, Flüge kürzer als 500 km künftig zu vermeiden.
- Wir treten weiterhin für eine faire Verteilung der Fluglärmlast in der Region ein, wobei alle Möglichkeiten zur Lärmreduzierung zu nutzen sind.
- Wir wollen ein lückenloses und durchgängiges Schadstoffmonitoring.
- Bessere Raumplanung und zukünftiges Bodenmanagement
- Koordiniertes Flughafenmanagement aller deutschen Flughäfen
- Stärkung der öffentlichen Beteiligung an der Planung von Flugrouten und Verlärmungsgebieten.
- Wir lehnen das Terminal 3 ab. Da wir es aber voraussichtlich nicht verhindern können, wollen wir die Auswirkungen minimieren:
    - Konsequente Vermeidung von Ausweichverkehr in den Flughafenanrainerkommunen
    - Reduzierung von Bodenlärm

Wir wollen eine Verstetigung des Regionalfonds zur Abfederung der sozialen Herausforderungen durch sozialstrukturelle Veränderungen in der Region. Darüber hinaus unterstützen wir Trebur in

der Ablehnung des Verkaufs des Treburer Oberwaldes und wir unterstützen Büttelborn in der Frage der Ablehnung des Flachstartverfahrens von der Startbahn 18 West. Wir fordern einen finanziellen Ausgleich für die von Siedlungsbeschränkung betroffenen Kommunen und die Lärmbelastung, die die Menschen und Tiere schädigt. Wir fordern, dass das Gewerbesteueraufkommen des Flughafens unter den betroffenen Kommunen je nach Lärmbelastung aufgeteilt wird.

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung weiter stärken

Die aktive Wirtschafts-und Beschäftigungspolitik soll nach dem Willen der Koalition in allen Bereichen der Standortbindung der Unternehmen, der Existenzgründungs- und Unternehmensförderung sowie der Sicherung und Profilierung des Industrie- und Gewerbestandortes Kreis Groß-Gerau und der Sicherung der Arbeitsplätze fortgeführt und ausgebaut werden.

Dabei ist uns wichtig, dass der Fokus nicht ausschließlich darauf gerichtet ist, neue Unternehmen zu gewinnen, die sich im Kreis Groß-Gerau ansiedeln, sondern auch Konzepte weiter umzusetzen, die den Erhalt des Bestandsgewerbes sichern.

Die Koalition fördert weiterhin das Engagement der Wirtschaftsförderung des Kreises für ein ökologisches Automotive-Cluster Rhein-Main-Neckar als beispielhaftes Projekt der Bestandssicherung und Standortprofilierung.

Die innerörtlichen Strukturen in den Städten und Gemeinden sind nach Möglichkeit zu erhalten und auszubauen. Damit bleibt die Kaufkraft vor Ort und Beschäftigung in wohnortnahen Arbeitsplätzen erhalten.

Mit der Vernetzung der Wirtschaftsförderung in den Kommunen kann eine sinnvolle Planung von Gewerbeflächen erfolgen. Die Koalition unterstützt die Kooperation benachbarter Kommunen für die Verabredung von Planungsgemeinschaften und Ansiedlungsrichtlinien, die klare und verlässliche Vorgaben zur Flächenbewirtschaftung machen. Um unsere Ziele zu verwirklichen, bedient sich der Kreis fundierter wissenschaftlicher Untersuchungen, die in seinem Auftrag durchgeführt werden. Die Koalition spricht sich für die aktive Mit- und Weiterarbeit an Projekten auf der Ebene Frankfurt-Rhein-Main sowie Südhessen aus.

Das Technologie-, Innovations- und Gründer*innenzentrum (TIGZ) in Ginsheim-Gustavsburg soll nach Willen der Koalition unter Beibehaltung des bisherigen Haushaltsansatzes erhalten und fortgeführt werden. Der Kreis wird die Fair-Trade-Auszeichnung weiter nutzen, indem die Angebotspalette ausgebaut wird, dafür geworben wird und weitere Kommunen gewonnen werden.

Natürlich GG: Umweltschutz und erneuerbare Energien fördern

Auch in den kommenden Jahren werden wir aktiv mit unseren Kooperationspartnern die Initiative "Natürlich GG" unterstützen, um damit den Umweltschutzgedanken weiter zu verankern. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass im Kreis Groß-Gerau keine Gentechnik auf landwirtschaftlichen Flächen eingesetzt wird. Wir setzen uns für die Förderung von ökologischem Landbau und Landwirtschaft ein.

Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wollen wir die Ausweisung von Naturdenkmalen weiter beleben und starten neue Initiativen. Diese lassen sich gut in unsere Aktivitäten im Regionalpark Rhein-Main und im Geopark einbinden.

Dies gilt auch für die Schaffung ortsnaher Biotope mit Erholungs- und Energieerzeugungsfunktion. Der Schutz, der Erhalt und die Pflege geschützter Landschaftsteile sind für uns selbstverständlich. Wir setzen das Landschaftpflegekonzept um. Unter Einbeziehung lokaler Akteure aus den Naturschutzverbänden, Schulen, Obst und Gartenbauvereinen u. ä., durch Aufstockung der Mittel für die Pflege und Aufpflanzung von Streuobstwiesen werden wir den Erhalt dieser besonders schützenswerten Landschaftsteile fördern. Eine weitere Ausweisung von Kiesabbauflächen gegen den Willen der Kommunen lehnen wir ab. Dort, wo der Kiesabbau im Einvernehmen mit der Kommune erfolgt, ist die Verkehrsbelastung dabei auf ein Minimum zu begrenzen. Ebenso müssen wir die Trinkwasseranlagen schützen und vorher einvernehmliche Konzepte für die Zeit nach dem Abbau finden.

Der Kreis Groß-Gerau verpflichtet sich, bei der Beschaffung ökologische Kriterien zu Grunde zu legen und bringt dies in die interkommunale Zusammenarbeit ein.

Im Sinne einer effizienten Klimapolitik werden wir uns im Kreis Groß-Gerau weiter der Problematik des Klimawandels und der Verknappung fossiler Energie stellen. Energie sparen, schonend Energie gewinnen und C02 reduzieren - das sind Ziele, die wir weiter verfolgen werden. Gerade heute haben wir als Kreis eine Vorbildfunktion beim Thema effizienter Energieerzeugung und -verwendung zu erfüllen. Diese Verantwortung werden wir mit Nachdruck wahrnehmen.

Wir wollen den Ausbau regenerativer Energien weiter fördern. Mit Hilfe eines kreiseigenen Konzeptes zur Stromerzeugung soll der Anteil Erneuerbarer Energien weiter vergrößert werden. Kreiseigene Gebäude wollen wir weiterhin mit Photovoltaikanlagen ausstatten und durch den konsequenten Einsatz von Ökostrom in öffentlichen Liegenschaften die regenerative Energieerzeugung auch zur Eigennutzung fördern. Wir unterstützen die Fortsetzung der energetischen Sanierung kreiseigener Liegenschaften. Dabei wollen wir, dass weiterhin im Passivhausstandard gebaut werden soll. Ein großer Teil der Energieeinsparung in den kreiseigenen Gebäuden kann nur durch ein geändertes Nutzerverhalten erreicht werden. Hausmeister*innen, Lehrkräfte, Schüler*innen und Vereine müssen dabei mitwirken und der Schul- und Gebäudeservice des Kreises muss es koordinieren. Auch Punkte wie Mobilität, Umwelt und Naturschutz gehören zu einem effektiven Klimaschutz.

Steigende Energiekosten sind nicht nur für Privathaushalte und Unternehmen, sondern auch für Kommunal- und Kreisverwaltungen ein großer Kostenfaktor bei der Bewirtschaftung der eigenen Liegenschaften. Schulgebäude, Sportstätten und Verwaltungsgebäude waren in der Regel Energiefresser. Durch verändertes Verhalten der Gebäudenutzer, aber auch durch investive Maßnahmen konnten in den vergangenen Jahren Einsparungen erzielt werden. Diese wirken sich auch positiv auf die Haushaltslage aus. Hier hat der Kreis in den vergangenen Jahren (Passivhausstandard, Energiesparmonitoring, Öffentlichkeitsarbeit, etc.) hervorragende Arbeit geleistet. Die Ausstattung der kreiseigenen Liegenschaften mit solarthermischen und Solarstromanlagen ist weitgehend abgeschlossen.

Wir setzen die Empfehlungen des integrierten Klimaschutzteilkonzeptes des Kreises um. Durch intensive Zusammenarbeit mit den Kreiskommunen sollen diese in ihren Klimaschutzanstrengungen unterstützt werden.

Tierschutz und Tierrecht

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis Groß-Gerau im Rahmen seiner Möglichkeiten Tiere auf der Grundlage bestehender Gesetze und Verordnungen nachhaltig schützt; er widmet ihren Bedürfnissen darüber hinaus eine besondere Aufmerksamkeit. In allen Kreistagsvorlagen, durch die Auswirkungen auch auf Tiere zu erwarten sind, ist dies inhaltlich und sprachlich zu berücksichtigen.

Damit im Kreis Groß-Gerau Tierschutz und Tierrecht praxisorientiert umgesetzt werden können, benötigen Ämter und Einrichtungen eine ausreichende finanzielle Ausstattung.

Den Tierheimen, die im Kreis Groß-Gerau aktiv sind, soll eine erweiterte Unterstützung eingeräumt werden. Wir regen an, dies im Rahmen des Projektes „IKZ“ (Interkommunale Zusammenarbeit) umzusetzen. Auch das Veterinäramt des Kreises muss personell so ausgestattet sein, dass es seinen Tierschutzaufgaben vollumfänglich nachkommen kann. Sofern der Kreis aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht direkt für Tierschutz- und Tierrechtfragen verantwortlich ist, setzen sich seine Repräsentanten politisch für einen erweiterten Tierschutz (bzw. Tierrecht) in Hessen und Deutschland ein.

Der Kreis Groß-Gerau initiiert einen Kreis-Tierschutzbeirat. Dieser setzt sich zusammen aus Mitgliedern von Vereinen und Verbänden, Vertretern der Tierheime, Tierschutzorganisationen und Mitgliedern des Kreistages. Der Bereich Tierrecht muss hierbei nicht zwingenderweise ausgespart werden.

Aus Gesundheitsgründen, insbesondere aber auch aus Gründen des Tierschutzes und des Tierrechts sollen zukünftig in den kreiseigenen Liegenschaften auch verstärkt vegetarische und – tierrechtrelevant – vegane Produkte angeboten werden. Wir wollen sicherstellen, dass sich – so wie in der/m neuen Kantine/Bistro im Landratsamt („Bistrine“) – vegane Produkte permanent neben nicht-veganen im Angebot befinden. An unseren Schulen initiieren wir einen entsprechenden Diskussionsprozess; gleiches regen wir für die örtlichen Kindertagesstätten an. Die alternativen Gerichte und Getränke sind als „vegan“ zu bezeichnen. Sie sollten preislich günstiger sein, als Gerichte mit nichtveganen Bestandteilen.

Wir gehen gemeinsame Schritte zu einer Verbesserung in den Bereichen Tierschutz und Tierrecht. Im Fokus befindet sich hierbei das Wohl aller Tiere im Kreis Groß-Gerau, welche als fühlende Individuen begriffen werden.

Stärkung der Demokratie und des Demokratieverständnisses

Nicht erst die Wahlerfolge rechter Parteien machen deutlich, dass wir uns für die Stärkung der Demokratie und des Demokratieverständnisses einsetzen müssen. Wahlenthaltung und geringe Einflussnahme auf politische Entscheidungen gehen einher. In allen gesellschaftlichen Bereichen

soll die Transparenz und die demokratische Beteiligung erhöht werden. Dies beginnt bei der Erziehung und Information zu demokratischer Beteiligung durch Bildung, führt zu einer besseren Darstellung der Arbeit des Kreises gegenüber Kommunen und Einwohner*innen und zu mehr Beteiligungsmöglichkeiten.

Sachkundige Bürger*innen, Bürgerinitiativen, Mitarbeitervertretungen, Verbände, etc. werden in Gremien und Arbeitsgruppen eingebunden. Die Kooperation nutzt deren Kompetenz und bezieht sie in Entscheidungen ein.

Eine solidarische Gesellschaft benötigt Begegnung, Vertrauen, Verantwortlichkeit und Freiheit vor Angst. Der Kreis fördert und unterstützt solche Maßnahmen, die sich gegen jegliche Art von Gruppen bezogener Menschenfeindlichkeit richten. Dazu wird das Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickelt, um Demokratie und Vielfalt zu fördern.

Die Koalitionspartner*innen stehen der Militarisierung des Gemeinwesens kritisch gegenüber. Sie werden das Gespräch mit den Schulen führen, um zu erreichen, dass keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr stattfindet. Wir kritisieren die starke Militärpräsenz beim Hessentag.

Der Kreis erarbeitet und verabschiedet eine Informationsfreiheitssatzung. Zweck der Informationsfreiheitssatzung ist es, jedem interessierten Bürger freien Zugang zu amtlichen Informationen zu gewähren, die beim Kreis Groß-Gerau bzw. seinem Wirkungsbereich vorhanden sind. Um den individuellen Aufwand möglichst gering zu halten, sollen alle amtlichen Informationen soweit möglich auf offiziellen Internetseiten des Kreises maschinenlesbar veröffentlicht werden. Sollte die Veröffentlichung von Informationen nicht möglich sein, so können diese formlos angefragt werden. Ausnahmen vom Recht auf Gewährung von Informationen sind zulässig, soweit diese dem Datenschutz dienen. Eine Ablehnung ist zu begründen und den Anfragenden mitzuteilen. Es hat eine Abwägung zwischen öffentlichem Interesse und Datenschutzinteressen stattzufinden. Soweit durchführbar, sind den Anfragenden Teilauskünfte zu erteilen. Bei der Erstellung von amtlichen Informationen soll zukünftig darauf geachtet werden, veröffentlichbare und nicht-veröffentlichbare Teile zu trennen. Der Kreis verpflichtet sich, eine zentrale Anlaufstelle für Informationsfreiheitsanfragen einzurichten.

Der Kreis verpflichtet sich, ein maschinenlesbares Dokumentenregister anzulegen und im Internet öffentlich zugänglich zu machen. Falls für die Beantwortung der Anfragen Verwaltungskosten anfallen, können Gebühren erhoben werden. Diese Gebühren sollen so bemessen sein, dass sie den Aufwand zu großen Teilen decken, jedoch keine Barriere darstellen. Einfache Anfragen haben kostenlos zu sein. Der Anfragende muss über die Höhe der Gebühren vorab informiert werden.

Netzpolitik

Gemeinnützige Freifunkprojekte sollen gefördert werden, um die kostenfreie Nutzung von WLAN und den Aufbau einer dezentralen, krisensicheren Netzinfrastruktur in Bürgerhand zu ermöglichen. Dazu sollen die kreiseigenen Liegeschaften als Standorte zur Verfügung gestellt werden. Auch fördert der Kreis Groß-Gerau den Ausbau von freien WLAN-Zugangspunkten an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Einrichtungen, damit u. a. auch Menschen mit geringem Einkommen kostenloser Zugang zum Internet ermöglicht wird. Dabei sollen gemeinnützige Ini-

tiativen kommerziellen Anbietern gegenüber bevorzugt werden, um das Vereinsleben zu fördern und die Kosten für die Umsetzung zu minimieren.

Wir fördern barrierefreie Internetauftritte der kommunalen Webseiten. Die Internetauftritte der Städte und Kommunen sollen aktuellen Sicherheits- und Datenschutzstandards entsprechen, um dadurch den Datenschutz von Bürger*innen und Angestellten zu verbessern. Feedbackmöglichkeiten auf kommunalen Webseiten sollen leicht auffindbar sein. Die Schulen im Kreis sind an das Glasfasernetz anzubinden und sollen eine zeitgemäße IT-Ausstattung erhalten, damit für alle Jugendlichen eine Teilhabe an Netzinhalten gewährleistet wird. Angebote und Schulungen im Bereich Medienbildung und IT-Sicherheit sind verstärkt auszubauen.

Grundregeln unserer Zusammenarbeit

Entscheidungswege und -abläufe für alle Mitglieder der Koalition werden in einer Geschäftsordnung für alle transparent und nachvollziehbar verankert.

SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.OL bilden einen "Arbeitskreis Politik" (KOA-AK) aus Fraktion und Partei, der aus bis zu 4 Vertreter*innen der SPD und bis zu je 4 Vertreter*innen von Bündnis90/Die Grünen sowie DIE LINKE.OL und den hauptamtlichen Funktionsträger*innen der Koalition besteht.

Der KOA-AK berät die Grundlinien der Koalition, legt ein einheitliches Diskussions- und Abstimmungsverhalten im Kreistag und seinen Ausschüssen fest und vereinbart die gemeinsamen Initiativen und die Außendarstellung der Koalition. Kreistagsanträge werden von der Koalition als "gemeinsamer Antrag" eingebracht. Wenn keine Einigkeit über Anträge oder Anfragen erzielt werden kann, werden sie als Anträge der einzelnen Fraktionen eingebracht. Die Akzentsetzung und Profilierung der Partner als eigenständige Organisationen bleibt weiterhin möglich, darüber hinaus sind die beteiligten Parteien aufgefordert, die politischen Schwerpunkte im Kreis und seinen Kommunen voranzutreiben.

Ebenso wird ein einheitliches Diskussions- und Abstimmungsverhalten der Vertreter*innen der Koalitionsfraktionen im Kreisausschuss und in Gremien der Eigenbetriebe oder in Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, zu vorher vereinbarten Beschlüssen vereinbart. Dies gilt auch für die Vertreter*innen des Kreises in allen externen Gremien. Im Falle der Nichteinigung enthalten sich die Koalitionspartner.

Die Koalition stellt sicher, dass die Haushalts-und Wirtschaftspläne für die Jahre 2017 bis 2021 im Kreistag verabschiedet werden. Der Koalitionsarbeitskreis wird im Rahmen seiner Haushaltsberatungen Vereinbarungen zu den Produkten und Produktbereichen treffen. Finanzwirksame Vorhaben werden unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Haushaltssituation gewichtet. Konflikte mit der Kommunalaufsicht des Kreises werden selbstbewusst ausgetragen.

Das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stelle des/der Ersten Kreisbeigeordneten liegt bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Die Koalitionsfraktionen stellen die Wahl sicher.

Die Koalitionsfraktionen werden Einigkeit erzielen, dass die Koalitionspartnerin DIE LINKE.OL in Funktionen mit politisch sichtbarer Gestaltungsmöglichkeit personell vertreten ist.

Die Vertragspartner

SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Die Linke.OL	Piratenpartei

Bild Umschlag: iStock/artant
Layout: Oliver Bernasconi

SPD-Unterbezirk Groß-Gerau
Im Antsee 18
64521 Groß-Gerau
ub.gross-gerau@spd.de

DIE LINKE.Offene Liste
Fraktionsvorsitzende Christiane Böhm
Bertha-von-Suttner-Weg 13
65468 Trebur
christianeboehm@gmx.com

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Groß-Gerau
Mainzer Str. 18
64521 Groß-Gerau
info@gg-gruene.de

Piratenpartei Kreisverband Gross-Gerau
Postfach 12 02
65470 Bischofsheim
vorstand@piratenpartei-gross-gerau.de